

Rede zum 1. Mai 2018 von Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW

Sperrfrist: Beginn der Rede, 1. Mai 2018, ca. 11.30 Uhr

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch von meiner Seite ein ganz herzliches Glückauf an diesem 1. Mai in Bottrop. Ich freue mich, hier so viele Kolleginnen und Kollegen zu sehen. Denn der 1. Mai ist unser Feiertag. Und er ist viel mehr, als nur ein Feiertag, weil wir heute unsere Kraft in die Waagschale werfen und deutlich machen: Wir wollen Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit!

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen sind eine starke Gemeinschaft. Sie haben allein im Ruhrgebiet mit rund 700.000 gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten in Unternehmen und Verwaltungen eine starke Stimme. Das ist eine Hausnummer, das bedeutet Kraft und Einfluss, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist eine gute Tradition, dass auf unserer landeszentralen Kundgebung der Ministerpräsident spricht. Das ist auch in diesem Jahr so, und ich freue mich sehr, Armin Laschet im Namen aller Gewerkschaften begrüßen zu dürfen. Es ist gut, dass Sie sich bei uns eingereiht haben. Ich hoffe, Sie nehmen diese Eindrücke in Ihre Regierungsarbeit mit. Herzlich willkommen!

Und lieber Michael Vassiliadis, Vorsitzender unserer IG BCE, ich kann mir keine anderen Ort als Bottrop vorstellen, wo du heute sein solltest. Ich freue mich sehr, dass du das genauso siehst und in diesem historischen Jahr hier in Bottrop bei uns bist! Nochmal auch von mir herzlich willkommen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir demonstrieren heute für Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit und genau daran fehlt es: Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, die Wirtschaft boomt, es sind viele neue Arbeitsplätze entstanden, die Arbeitslosigkeit ist niedrig wie schon lange nicht mehr. Und obwohl so vieles gut ist, ist eben nicht alles gut:

Denn diese Entwicklung kommt nicht bei allen Menschen an: Die Schere zwischen unten und oben geht immer weiter auseinander. Viele Menschen haben Angst um ihre Zukunft. Wir erleben, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht mehr automatisch zu gesellschaftlichem Ausgleich führt. Es ist eben nicht

so, dass es ein Selbstläufer ist nach dem Motto: Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es auch den Menschen gut.

Das wird hier im Ruhrgebiet besonders deutlich. Auch hier wächst die Wirtschaft und neue Arbeitsplätze entstehen. Und dennoch ist jeder Fünfte von Armut bedroht, besonders betroffen sind Frauen und Kinder. Ich finde das einen unerträglichen Zustand. Und ich finde, dass dieser Zustand endlich mit aller Kraft beendet werden muss!

Und wenn das beendet werden soll, dann gehört dazu das Eingeständnis, dass über Jahrzehnte an den falschen Stellen gespart wurde. Viel zu viele Schulen sind marode – öffentliche Gebäude, Straßen und Schienen müssen repariert werden. Und es fehlt an allen Enden an Personal.

Viele unserer Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst sind seit Jahren dramatisch überlastet. Wir haben zu wenig Beschäftigte in den Verwaltungen, bei der Polizei, an den Schulen und in Kitas. Deshalb bin ich stolz und froh, dass die Tarifrunde im öffentlichen Dienst so gut gelaufen ist und die wertvolle Arbeit künftig besser entlohnt wird. Das habt ihr mehr als verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen!

... und wenn wir schon beim Geld sind: Herr Ministerpräsident, Sie haben im Wahlkampf über Schulden gesprochen, ich meine, jetzt dürfen Sie nicht über Geld schweigen. Wir müssen darüber sprechen, wie die anstehenden Aufgaben finanziert werden können. Das sagen wir übrigens genauso zu Olaf Scholz in Berlin. Auch der will – wie sein Vorgänger Wolfgang Schäuble – an der schwarzen Null festhalten. Ein parteiübergreifender Irrtum: Als ob die schwarze Null wichtiger wäre als eine gute Bildung unserer Kinder und Enkel!

Wir in NRW erleben doch gerade, was passiert, wenn notwendige Investitionen nicht getätigt wurden. Da werden die Staus noch länger, und am Ende die Kosten deutlich höher! Deshalb sagt der DGB in NRW, wir müssen „Gestalten statt entfesseln“ und dazu gehört auch, Geld in die Hand zu nehmen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist kein Zufall, dass wir in diesem Jahr mit unserer landeszentralen Kundgebung hierher nach Bottrop gekommen sind. Am Jahresende ist Schicht im Schacht, auf Prosper-Haniel. Mit der letzten

Schicht endet nicht nur im Ruhrgebiet, sondern in ganz Deutschland die Steinkohleförderung. Und damit endet eine 200-jährige Geschichte, die das Ruhrgebiet und die ganze deutsche Wirtschaft groß gemacht hat. Das sollten übrigens all diejenigen nicht vergessen, die jetzt so tun, als wäre der Strukturwandel des Ruhrgebiets und die schwierige Haushaltssituation in vielen Kommunen das Privatproblem der Bürgermeister!

Ich hatte das Glück, letzte Woche noch einmal einfahren zu dürfen und dieses besondere Gefühl spüren zu können, das es nur unter Tage gibt. Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit sind hier bis zum Schluss gelebte Realität.

Diese Solidarität hat ein einzigartiges Projekt möglich gemacht: Bei der Beendigung des Steinkohlebergbaus fällt niemand ins Bergfreie. Das ist eine gesellschaftspolitische Leistung, die ihresgleichen sucht und ganz besonders eine Leistung unserer Gewerkschaft IG BCE.

Deshalb gilt es, danke zu sagen: Ohne die Solidarität und das gewerkschaftliche Engagement der Bergleute wäre der wirtschaftliche Erfolg des Ruhrgebiets nicht möglich gewesen! „Der Bergbau geht, der Kumpel bleibt: Danke Kumpel!“

Beim Abschied vom Steinkohlebergbau geht es aber nicht um Nostalgie. Wir müssen dafür sorgen, dass das, was uns stark gemacht hat, weitergeführt wird. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet ist noch lange nicht abgeschlossen. Er ist in mancher Hinsicht vorbildlich gelungen, viele Probleme sind dennoch ungelöst.

Jetzt haben Sie, Herr Ministerpräsident, eine Ruhrgebietskonferenz angekündigt. Das ist eine gute Idee: Wir müssen uns um diese Region besonders kümmern. Und neulich haben Sie ein Buch über das Ruhrgebiet vorgestellt, es trägt den Titel: „Groß denken, groß handeln!“. Da stimme ich voll zu. „Groß denken“ bedeutet aber: Die Menschen müssen Ausgangspunkt und Mittelpunkt des Projektes sein. Die strukturellen Probleme müssen am Schopfe gepackt werden.

Wir müssen uns um Armut und Langzeitarbeitslosigkeit kümmern, aber auch um Deindustrialisierung und Flächenmangel. Wir brauchen deutlich mehr staatliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung. Immer noch liegt die Investitionsquote der öffentlichen Hand in NRW bei unter 10 Prozent. Das ist zu wenig!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es ist gut, wenn sie ankündigen, Bildung zu einem Schwerpunktthema zu machen. Gute Bildung ist in der Tat eine Schlüsselfrage für mehr Gerechtigkeit und der beste Schutz gegen Armut. Allerdings wird es nicht reichen, 30 Schulen in besonders benachteiligten Stadtteilen besonders zu fördern. 30 Schulen? Das ist so ähnlich, als wenn Sie einem, der aus der Wüste kommt, einen Fingerhut mit Wasser anbieten. Leuchttürme allein beseitigen das Elend in der Fläche nicht!

Und dann müssen wir dringend unseren Städten und Gemeinden auf die Beine helfen. Gerade im Ruhrgebiet ist die Haushaltslage in vielen Kommunen dramatisch. Hier ist auch die neue Heimatministerin am Zug, die ist nämlich auch zuständig für die Kommunen. Wo sind ihre Vorschläge, um die Kommunen finanziell zu entlasten? Heimat braucht keine Folklore á la Heino, Heimat braucht Büchereien, Heimat braucht Schwimmbäder und Heimat braucht vor allem gut ausgestattete Kindergärten, gut ausgestattete Schulen und nicht zu vergessen: Berufsschulen. Heimat braucht bezahlbaren Wohnraum.

Und wir müssen uns um die kümmern, die schon lange arbeitslos sind. Das sind im Ruhrgebiet über 100.000 Menschen, die wenige Chancen darauf haben, ohne Unterstützung auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Wir können es doch nicht hinnehmen, dass Arbeitslosigkeit und Hartz IV in den Familien immer weitervererbt werden! Es ist das einzig Richtige, nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit zu finanzieren. Damit dies aber gelingt, müssen die neuen Jobs sozialversichert, tariflich bezahlt und unbefristet sein.

Dazu brauchen wir die Kommunen, dazu brauchen wir das Land, das die Kommunen dazu in die Lage versetzt! Der Drops ist noch nicht gelutscht, lasst uns da dran bleiben: Wir brauchen einen sozialen Arbeitsmarkt, der seinen Namen auch verdient.

Also: Es gibt viel zu tun. Deshalb sage ich: Wir brauchen keinen Ruck im Ruhrgebiet. Das Ruhrgebiet kennt Wandel und kann den Wandel. Wir brauchen einen Ruck in der Landesregierung, für das Ruhrgebiet! Also: Butter bei die Fische!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine weitere Herausforderung ist die Stärkung unserer Demokratie. Viel zu viele haben sich den Rechtspopulisten zugewandt. Dabei ist gerade das Ruhrgebiet ein Beispiel, dass wirtschaftlicher Erfolg, Migration und Integration zusammen gehören. Anfangs kamen die Menschen aus Polen, dann aus Italien, dann die Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei. Integration und Zusammenleben waren nie leicht, aber wir haben die Herausforderungen angepackt und alle miteinander haben Wohlstand und Wachstum aufgebaut. Unter Tage sind sowieso alle schwarz und man packt einfach zusammen an! Unter wie über Tage waren wir hier im Ruhrgebiet aufeinander angewiesen. Ohne unsere Kolleginnen und Kollegen, die zu uns gekommen sind, hätten wir diese Leistung nicht geschafft! Danke Kumpel! Danke Kolleginnen!

Was wir vom Ruhrgebiet lernen können ist vor allem: Zukunft gelingt, wenn alle Menschen, egal ob sie schon immer oder erst seit Kurzem hier leben, eine echte Perspektive bekommen.

Das wird nicht gelingen, wenn wir uns Rechtspopulisten zuwenden. Die wollen keine Perspektiven für alle, sie treiben einen Keil in die Gesellschaft. Und deshalb kann ich nur raten: Lasst sie rechts liegen! Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit ist mit dieser Partei nicht zu machen!

Dass die Scharfmacher von rechts übrigens keineswegs auf dem Erfolgskurs sind, konnten wir bei den Betriebsratswahlen sehen. Da hatten sie angekündigt, die Betriebsräte zu erobern. Und was ist dabei herausgekommen: Unter den 180.000 neu gewählten Betriebsräten gibt es gerade einmal zwölf von den Rechtspopulisten. Als Tiger gestartet, als Bettvorleger gelandet! Das ist ein gutes Zeichen: Denn nur gemeinsam sind wir stark!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir Niedriglöhne beklagen, dann ist eine Schüsselfrage für die Zukunft, wie wir es schaffen, dass wieder mehr Betriebe tarifgebunden sind. Tarifverträge abzuschließen, dass ist erstmal Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Aber wichtig ist auch: Tarifbindung muss raus aus den

Sonntagsreden und zum Leitbild guter Wirtschaftspolitik werden! Landes- und auch Bundesregierung müssen sich dem Ziel der Tarifbindung verpflichten!

Das heißt: Es muss Schluss damit sein, dass tarifgebundene Unternehmen bei der öffentlichen Vergabe das Nachsehen haben, weil sie teurer sind. Das heißt auch: Die von der Bundesregierung angekündigten tariflichen Bedingungen in der Pflege müssen schnellstens eingeführt werden!

Und natürlich müssen wir unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen besser deutlich machen: Demokratie ist kein Zuschauersport. Wer will, dass auch zukünftig Tarifverträge schützen und faire Arbeitsbedingungen sichern, der muss eintreten: Für Gerechtigkeit, für Solidarität, für Vielfalt – und eben auch in eine DGB-Gewerkschaft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in einer Zeit des rasanten Wandels. Da ist es wichtig, dass sich die Menschen nicht allein gelassen fühlen und Sicherheit bekommen.

Beim Stichwort Sicherheit will ich nicht vergessen, einen Gruß und ein Danke an unser Kolleginnen und Kollegen von der Gewerkschaft der Polizei zu richten. Es ist ein hohes Gut, dass unsere Polizei in Deutschland ein demokratisches Grundverständnis hat, dass die Kolleginnen und Kollegen der GdP gemeinsam mit uns eintreten für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Viele von Euch haben heute keinen Feiertag, sondern schützen unsere Maikundgebungen, andere sind als Teilnehmer dabei. Danke Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche uns eine kraftvollen und friedlichen 1. Mai!

Sicherheit bedeutet aber vor allem auch: Arbeitsplatzsicherheit. Fast jeden Tag gibt es neue Beispiele, dass Unternehmen Gewinne schreiben und dennoch massiv Arbeitsplätze abbauen und verlagern. Da reicht es nicht, wenn nur wir Gewerkschaften sagen: Mensch vor Marge. Ich erwarte hier auch eine klare Haltung und deutlichere Worte unserer Landesregierung: Es ist nicht in Ordnung, Gewinne in Deutschland zu machen, und dann Arbeitsplätze zu verlagern. In NRW kann man viel Geld verdienen, aber man muss den Menschen auch etwas zurückgeben!

Mehr Schutz für die Beschäftigten, das gilt auch beim Thema Arbeitszeit. Die Menschen brauchen mehr Freiheit, ihre Arbeitszeit auf ihre Bedürfnisse zuzuschneiden und sie brauchen mehr Schutz, um eine Entgrenzung der Arbeit zu verhindern! Das sind zwei Seiten einer Medaille!

Die Gewerkschaften haben in letzter Zeit viele Tarifverträge abgeschlossen und das Thema Arbeitszeit wieder aufs Tableau gesetzt. Es geht um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um altersgerechtes Arbeiten oder um bessere Regelungen bei belastender Schichtarbeit.

Es geht um die Bezahlung von Wegezeiten an den Baustellen – und das ist vielleicht eine gute Stelle, unseren Kolleginnen und Kollegen der IG BAU unsere Solidarität zuzurufen. Die stehen gerade in einer ganz schwierigen Tarifrunde im Bauhauptgewerbe und haben die Schlichtung angerufen. Liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir wünschen euch viel Erfolg und seid sicher: Ihr könnt euch auf die Solidarität unserer Gewerkschaftsfamilie verlassen!

Das Arbeitszeitthema ist ein Schlüsselthema für die Zukunft. Wir brauchen Arbeitszeiten, die zum Leben passen! Und deshalb sage ich hier auch in aller Deutlichkeit: Finger weg vom Arbeitszeitgesetz. Ruhezeiten und Höchstarbeitszeiten – der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist nicht verhandelbar!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es heißt immer so schön: Die Jugend ist unsere Zukunft. Umso erschreckender ist es, dass jeder vierte Auszubildende die Ausbildung vorzeitig abbricht. Denn klar ist: Eine fehlende Berufsausbildung ist der sicherste Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit.

Und ich bin es leid, dass immer den Jugendlichen der schwarze Peter zugeschoben wird. Ich bin es leid, darüber zu lesen und zu hören, dass den Auszubildenden angeblich die Qualifikationen fehlen, dass sie nicht flexibel sind und schlecht in Mathematik.

Die Jugendlichen von heute sind unsere Fachkräfte von morgen! Hier müssen die Unternehmen deutlich stärker in die Pflicht genommen werden und endlich jedem Jugendlichen, der eine Lehrstelle sucht, auch eine zur Verfügung stellen.

Und, Herr Ministerpräsident, wir sollten das versprochene Azubiticket zu einer Erfolgsstory machen. Das heißt für uns: NRW-weite Gültigkeit zu bezahlbaren Preisen. Es gibt keinen Grund, dass Azubis

schlechter gestellt sind als Studierende. Wenn wir die duale Ausbildung stärken wollen, dann muss sie uns auch etwas Wert sein.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich weiß, dass sie eine Lederjacke von Peter Maffay zu Hause im Schrank haben, die er Ihnen geschenkt hat. Und ich weiß: Jede Lederjacke braucht ein schwarzes T-Shirt, damit sie wirklich rockt. Daher habe ich Ihnen heute eins mitgebracht. Von unserer DGB-Jugend, die sich – wie auch Sie – für ein Azubi-Ticket stark macht. Das Motto lautet: **Freifahrt! Azubi-Ticket jetzt!** Dieses T-Shirt möchte ich Ihnen hier und heute gerne schenken.

Ich wünsche euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen wunderschönen Tag der Arbeit. Lasst uns gemeinsam unsere Werte feiern. Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit.

Glück auf!